



Protokoll der 7. Sitzung des Einwohnerrates

vom 9. März 2005, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Marie-Theres Beeler, Danielle Schwab, Hanspeter Stoll, Andreas Zbinden

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahl in die Finanzkommission <i>://: Gewählt gemäss Vorlage.</i>	2005/36
2. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Schulhaus Gestadeck – Sanierungskredit <i>://: Antrag der BPK genehmigt.</i>	2005/27a
3. Bericht des Stadtrates zum Generellen Entwässerungsplan (GEP) – 2. Genehmigungsantrag <i>://: Genehmigt.</i>	2003/138a
4. Bericht des Stadtrates betreffend urwaldfreundliche Gemeinde ufG, Postulat von Lukas Flüeler (Grüne/Fraumättler) <i>://: Postulat als erfüllt abgeschrieben.</i>	2003/155a
5. Interpellation von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betref- fend den Engelsaal <i>://: Erledigt.</i>	2005/30
6. Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend „Liestal und der neue Fahrplan“ <i>://: Erledigt.</i>	2005/31
7. Interpellation von Hanspeter Stoll-Nardin namens der SP-Fraktion betreffend Internationales Jahr des Sports <i>Von der Traktandenliste abgesetzt.</i>	2005/32
8. Interpellation von Corinne Ruesch Schweizer und Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend Jugendkommission <i>://: Erledigt.</i>	2005/33

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen März-Einwohnerratssitzung.

Mitteilungen des Ratspräsidenten

- Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) erteilt Orla Oeri-Devereux (SP) das Wort, die im Auftrag des Organisationskomitees Integrationfest spricht. Am Integrationsfest vom 3. September 2005 werde es zwischen 11 und 23 Uhr wieder ein Behördencafé auf dem Zeughausplatz geben. Sie bitte jedes Einwohnerratsmitglied, sich bis zur nächsten Sitzung zu überlegen, ob ihm ein zwei- bis dreistündiger Einsatz im Service möglich wäre.
- Der Einwohnerrats-Ausflug findet am 11. Juni 2005 statt. Diesmal erwartet die Parlamentsmitglieder eine Wanderung von Möhlin nach Rheinfelden. Es ist vorgesehen, eine Storchenstation und den Bau eines Flusskraftwerks zu besichtigen. Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) dankt Ernst Gebhardt (Fraumättler) und Adrian Mächler (FDP), die den Ausflug organisieren, für ihre Arbeit.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert zur Spende an die Glückskette zugunsten der Seebebenopfer in Asien. Am Neujahrs-Apéro, durch Mitarbeitende der Stadtverwaltung und Einwohnerratsmitglieder seien Spenden zusammengekommen. Der Stadtrat habe den Betrag um CHF 8'770.- auf den Totalbetrag von CHF 13'000.- ergänzt. Im Namen der Begünstigten danke sie herzlich.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert im Weiteren zu den Arbeitslosenzahlen. Gesamtschweizerisch sei die Zahl der Arbeitslosen leicht zurückgegangen. In Liestal sei allerdings zum ersten Mal die Zahl 400 überschritten worden. Vor allem die Sozialhilfebehörde beschäftige dies mit grosser Sorge, denn dadurch könne es wieder mehr Sozialhilfeempfänger geben. Grosse Firmen hätten in der letzten Zeit zum Teil beträchtliche Gewinne erwirtschaftet. In Liestal seien allerdings nicht mehr Arbeitsplätze entstanden. Man werde sehen, wie die Zahlen betreffend Sozialhilfe im Budget und in der Rechnung aussehen. Sobald die Rechnung vorliege, werde die Sozialhilfebehörde die GPK und die Fi-ko zu einer gemeinsamen Sitzung einladen, um die Zahlen anzuschauen und diese Problematik vertieft zu diskutieren.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin äussert sich ausserdem zum Thema Bahnhofpatenschaften. Der Zweck dieser Patenschaften sei mehr Ordnung und Sicherheit am Bahnhof. Es handle sich aber nicht um eine Polizeifunktion, sondern um eine Dienstleistung. Der Stadtrat sei noch immer auf der Suche nach Paten. Künftige Bahnhofpaten erhielten eine entsprechende Ausbildung am Konfliktinstitut in Zug. Vielleicht würden Einwohnerratsmitglieder Personen kennen, die sich dafür eignen würden.
- Zudem weist Stadtpräsidentin Regula Gysin auf die Medieninformation zum Finanzplan und zu den Legislaturzielen von heute morgen hin. Der gesamte Stadtrat stehe hinter den Legislaturzielen 2005-2008. Sie seien deckungsgleich mit dem Finanzplan 2005-2009. Der Stadtrat sei überzeugt, dass er diese Ziele erreichen könne und wolle.
- Stadtrat Peter Rohrbach orientiert über den Finanzplan 2005-2009. Es liessen sich nur Annahmen aufzeigen, die mehr oder weniger wahrscheinlich seien. Die finanzielle Situation könne nur verbessert werden, wenn sich die Annahmen des Stadtrates erfüllten. Die Exekutive gehe davon aus, dass man durch eine Reduktion des Sach- und Personalaufwandes jährlich CHF 400'000.- einsparen könne. Der Gesamtschuldenabbau solle in fünf Jahren CHF 4 Mio betragen. Das Echo des Einwohnerrates auf den vorliegenden Plan

bilde den Input für nächsten Finanzplan. Wichtig sei, dass die Verwaltung die Bemühungen des Stadtrates unterstütze. Das sei nicht immer einfach. Der Finanzplan 2005-2009 sei ein Anfang, ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der Stadtrat stehe voll und ganz hinter den Aussagen. Viele Leute hätten mitgearbeitet. Der Beitrag der Verwaltung sei speziell erwähnenswert, denn diese Arbeit habe dort neben den alltäglichen Aufgaben bewältigt werden müssen. (Die Folien mit den Erläuterungen von Stadtrat Peter Rohrbach zum Finanzplan 2005-2009 werden den Einwohnerratsmitgliedern als Kopien mit dem Protokoll der heutigen Sitzung zugestellt.)

- Stadtrat Ruedi Riesen äussert sich zum Thema Lärmschutzwände. Massen von Einsprachen hätten die SBB und das Bundesamt für Verkehr dazu bewogen, das gesamte Projekt nochmals zu überarbeiten. Danach sei fast alles unbestritten gewesen. Die Poststrasse sei der einzige Knackpunkt gewesen, der geblieben sei. Die SBB hätten dort zunächst gar nichts vorgesehen. Dann sei ein Lärmschutz-Projekt erarbeitet worden. Wenn die Lärmschutzwand gebaut werde, müsse die Poststrasse - eine Gemeindestrasse - verbreitert beziehungsweise neu konzipiert werden. Mit der Lärmschutzwand würde dies auf CHF 1,5 Mio zu stehen kommen. Für die Stadt Liestal stehe aber nur ein Betrag von CHF 225'000.- im Raum, über den die SBB mit Liestal verhandeln wollten. Der Stadtrat sei wegen der Kosten mit dem Kanton im Gespräch, da der öffentliche Verkehr des Kantons die Poststrasse ebenfalls benütze.

Als **Stimmzähler** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|------------------|--------------------------------|
| - Astrid Basler | (Seite FDP) |
| - Regina Vogt | (Seite SP, Grüne, Fraumättler) |
| - Adrian Mächler | (Mitte, Büro) |

Traktandenliste

Das Traktandum Nr. 7 (Interpellation von Hanspeter Stoll-Nardin namens der SP-Fraktion betreffend Internationales Jahr des Sports / Nr. 2005/32) wird wegen Abwesenheit des Interpellanten von der Traktandenliste abgesetzt.

Neue persönliche Vorstösse

- Motion von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Änderung bei der Darstellung des Jahresprogramms (Nr. 2005/37);
 - Interpellation von Astrid Basler namens der Grünen Fraktion betreffend Landabtausch Schönthalweg mit Kanton (Nr. 2005/38).
-

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 26. Januar 2005

://: Das Protokoll wird mit folgenden Änderungen genehmigt:

S. 118, Votum von Elisabeth Augstburger, neu: „Sie habe einen erfolgreichen Pedibus in der Praxis erlebt. Vor der Einführung des Pedibusses habe die Kommunikation unter den Eltern nicht so gut funktioniert.“ (Statt: „Sie habe einen Pedibus in der Praxis erlebt. In diesem Fall habe die Kommunikation allerdings nicht gut funktioniert.“)

S. 131 und 135: Der Name Hanspeter Rohrbach wird durch Peter Rohrbach ersetzt.

53 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Ersatzwahl in die Finanzkommission (Nr. 2005/36)

Die Grüne Fraktion beantragt, aufgrund des Rücktritts von Einwohnerrat Lukas Flüeler folgende Umbesetzung vorzunehmen:

Finanzkommission

Ordentliches Mitglied:

Ruesch Corinne (GL), anstelle von Lukas Flüeler.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) erläutert, in der Fiko sei ein Sitz vakant. Er sei von der Grünen Fraktion zu besetzen. Wer mit dem Wahlvorschlag einverstanden sei, solle dies mit dem Stimmzettel zeigen.

://: Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

54 L.2.2.3. Gemeindeliegenschaften und Grundstücke: Schulbauten, Turn- und Sportanlagen, Spielplätze, Sport- und Volksbad Gitterli AG

2. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Schulhaus Gestadeck – Sanierungskredit (Nr. 2005/27a)

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht (Nr. 2005/27) zusammengefasst folgendermassen:

Das Schulhaus Gestadeck wurde vor fast 50 Jahren letztmals einer grossen Gesamtanierung unterzogen. Heute sind von vielen Gebäudeteilen deren Nutzungsdauer bereits um ein Vielfaches überschritten. Die Klassenzimmer im obersten Stockwerk des Hauptgebäudes lassen sich in den Wintermonaten nur schlecht beheizen, da die Isolation der Decke ungenügend ist. Mit dem zusätzlichen Einbau einer Mediathek und der Isolierung des Daches könnten diese Probleme gelöst werden. Eine Reduktion der Heizkosten steht dabei ausser Zweifel. Der allgemeine Zustand des Gebäudes lässt weitere zeitliche Verschiebungen der Sanierungsarbeiten nicht mehr zu.

Während der gesamten Umbauzeit wird der Schulbetrieb ausgelagert. Diverse alternative Standorte stehen zur Verfügung und werden zurzeit geprüft. Nach der Sanierung des Gebäudes werden dem Schulbetrieb für die nächsten 20 Jahre wieder den heutigen Anforderungen entsprechende Schulräume und Nebenräume zur Nutzung übergeben.

Die Bau- und Planungskommission (BPK) hält in ihrem Bericht (Nr. 2005/27a) fest:

Die Bau- und Planungskommission hat sich eingehend über alle Details dieses Bauvorhabens orientieren lassen, und zwar durch Daniel Christen (Leiter Hochbau), Thom Kiefer (Schulhausvorsteher Gestadeck) sowie die Herren Brandenberger und Spinner (Architekten). Die Kommission kann sich der Meinung des Stadtrates anschliessen, dass am Standort Obergestadeck für ein Primarschulhaus festzuhalten ist. Die rege Bautätigkeit im Gebiet Liestal Ost rechtfertigt diesen Entscheid, da davon auszugehen ist, dass das Schulhaus in den nächsten Jahren belegt sein wird. Im Gestadeck-Schulhaus werden je eine 1. – 5. Klasse sowie zwei Einführungsklassen geführt. Durchschnittsbelegung pro Klasse heute: 24 bis 26 SchülerInnen.

Mit der vorgeschlagenen Sanierung können die Schuleinrichtungen nicht perfekt ausgestaltet werden, aber es wird möglich sein, attraktiven und den heutigen Bedürfnissen entsprechenden Schulraum anzubieten.

Der Antrag des Stadtrates und der BPK lautet:

Der Einwohnerrat stimmt der Sanierung des Gestadeck-Schulhauses zu und bewilligt den dafür notwendigen Sanierungskredit in der Höhe von CHF 1'809'000.00 .

BPK-Präsident Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) erläutert, bei keinen anderen öffentlichen Gebäuden als bei Schulhäusern werde bei Um- oder Neubauten darüber diskutiert, ob der Standort richtig oder falsch sei. Die Standortfrage sei auch beim vorliegenden Geschäft im Vordergrund gestanden. Das Gestadeck-Schulhaus habe eine lange Geschichte. Vor rund 120 Jahren sei der Standort mit Weitsicht bestimmt worden. Die Kommission schliesse sich der Meinung des Stadtrates an, dass am Standort Obergestadeck für ein Primarschulhaus festzuhalten sei. Die Kommission habe auch die Frage aufgeworfen, ob anstelle eines Umbaus ein Neubau sinnvoller wäre. Die Berechnungen hätten ergeben, dass ein Neubau auf rund CHF 4,1 Mio zu stehen käme. Aufgrund der Finanzlage der Stadt Liestal sei für die BPK

klar, dass nur die Umbau-Variante realistisch sei. Der grosse Diskussionspunkt sei die Frage des Dachstock-Ausbaus als Mediathek gewesen. Unbestritten sei die Tatsache, dass die Isolation und die Erschliessung gemacht werden müssten. Dies bringe beträchtliche Energieeinsparungen. Ob der Raum leer stehen oder sinnvoll genutzt werden solle, darüber habe sich die Kommission eingehend unterhalten. Sie sei zum Schluss gekommen, dass man die Gelegenheit nutzen und den Raum als Mediathek ausbauen solle. Er werde nicht nur als Mediathek, sondern auch als Gruppenraum, für Vorführungen usw. dienen. Eine Etappierung des Dachstockausbaus, wie sie auch vorgeschlagen worden sei, würde ausser Mehrkosten nichts bringen. Für die Erschliessung und den Innenausbau seien CHF 264'000.- vorgesehen. In diesem Betrag seien die elektrischen Anlagen inbegriffen, die Heizung, die Ausstattung, Honorare und so weiter. In Bezug auf weitere Details wie den Vereins-Pavillon oder die gedeckte Pausenhalle verweise er auf den Kommissions- und den Stadtratsbericht. Er bitte darum, den Anträgen der BPK, die identisch mit denjenigen des Stadtrats seien, zuzustimmen und den Kredit zu bewilligen. Zum Schluss wolle er auf ein interessantes Detail hinweisen. Die Lehrerschaft plane, während der Umbauzeit eine Projektwoche durchzuführen. Die Schülerinnen und Schüler sollten während dieser Woche den Umbau hautnah miterleben. Die Kommission begrüsse diese tolle Idee.

Regina Vogt (FDP) führt aus, das Schulhaus Gestadeck mit dem Erbauungsjahr 1887 sei vor fast 50 Jahren das letzte Mal einer Gesamtanierung unterzogen worden. Die Nutzungsdauer sei bereits um ein Vielfaches überschritten. Sanierungen seien aufgrund von Sparmassnahmen immer wieder verschoben worden; es habe nur kleinere Reparaturen und Umbauten gegeben. Der Finanzplan 2005-2009 beinhalte jedoch den klaren Willen, die Sanierung ganzheitlich durchzuführen. Auch der klassizistische Stil dieses Baus werde damit erhalten. Nach reiflicher Überlegung sei ihre Fraktion zum Schluss gekommen, dem Sanierungskredit zuzustimmen.

Luzia Kilchmann (SP) teilt mit, ihre Fraktion stimme dem Antrag und somit auch dem Kredit zu. Sie sei der Meinung, dass die Sanierung dringend notwendig sei. Der grösste Teil der Kosten sei durch die Sanierung der Fenster, des Dachs und der Natursteinarbeiten bedingt. Die Sanierung des Dachs und der Fenster ermöglichten grössere Energieeinsparungen. Der Ausbau des Dachstocks sei nötig, damit beispielsweise auch Aufführungen stattfinden könnten. Eine Mediathek sollte eigentlich selbstverständlich sein.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) legt dar, die Sanierung des Schulhauses Gestadeck sei auch in ihrer Fraktion unbestritten. Die Dringlichkeit sei auch daran zu erkennen, dass kürzlich eine Klasse nach Hause geschickt worden sei, weil es zu kalt gewesen sei. Die Dachsanierung sei notwendig. Die Frage sei, ob dies auch für den Einbau einer Mediathek gelte. Auf diese Frage habe ihre Fraktion keine schlüssigen Hinweise in der Vorlage gefunden. Sinnvoll wäre eine Mediathek wohl. Angesichts der schlechten Finanzlage der Stadt sei ihre Fraktion aber der Meinung, dass nur absolut notwendige Ausgaben getätigt werden sollten. Wünschbares sei auf später zu verschieben, so auch der Dachstockausbau. Ihre Fraktion stelle einen entsprechenden Änderungsantrag. Er laute: *Der Einwohnerrat stimmt der Sanierung des Gestadeck-Schulhauses zu und bewilligt den dafür notwendigen Sanierungskredit in der Höhe von CHF 1'545'000.- (ohne Mediathek).* Mit diesem Antrag werde auch ein Grundsatz im stadträtlichen Finanzplan erfüllt, der besage, dass die politische Unterstützung bei der Durchsetzung des Finanzplans wichtig sei. Diese Unterstützung habe sich insbesondere dadurch auszuzeichnen, das Wünschbare konsequent vom Notwendigen zu trennen. Sie rufe den Einwohnerrat dazu auf, Mut zum Verzicht zu beweisen und zu zeigen, dass es ihm mit dem Sparen ernst sei. Sie bitte den Rat, dem Antrag zuzustimmen.

Jürg Holinger (GL) sagt, die Grüne Fraktion unterstütze den BPK-Bericht und damit auch den Antrag des Stadtrates. Er habe dazu drei Bemerkungen anzubringen. Erstens: Der Stadtrat gebrauche in seiner Vorlage unglücklicherweise immer das Wort Mediathek. Es gehe doch darum, dass man den Dachstock ausbaue und einen Mehrzweckraum gewinne. Der Begriff Mediathek sei irreführend. Wenn man den Dachstock später ausbaue, bedeute dies, dass

man den Durchbruch vom zweiten Stock in den Dachstock nochmals machen müsse. Der Antrag der SVP/CVP/EVP-Fraktion sei abzulehnen. Zweitens: Das Gestadeck-Schulhaus habe als einziges Schulhaus keinen gedeckten Pausenplatz. Solange man nicht wisse, was in der Umgebung geschehe, mache es keinen Sinn, irgendwo ein Dach zu errichten. Die Verwaltung habe der BPK versichert, dass eine Überdachung im Zusammenhang mit der Realisierung des Gebäudes der Jugendmusikschule geprüft werde. Er wolle an dieses Versprechen erinnern. Drittens: Eine Sanierung des Pavillons ergebe vermutlich keinen Sinn. Die Schule brauche aber diese Räume. Von Seiten der Verwaltung habe man gesagt, dass man anstrebe, diese Räume im Gebäude der Jugendmusikschule unterzubringen. Er würde vom Stadtrat gerne wissen, ob er dies auch so sehe.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt zum Antrag der SVP/CVP/EVP-Fraktion, wenn die CHF 264'000.- nicht im Gestadeck-Schulhaus investiert würden, dann würde dieses Geld woanders investiert. Die Stadt Liestal habe einen Sanierungsstau in der Höhe von CHF 28 bis 30 Mio. Es sei wichtig, in dieser Gemeinde zu investieren. Es wäre falsch, jetzt beim Gestadeck-Schulhaus sparen zu wollen. Es gehe hier nicht um Wünsche des Stadtrates. Zum Thema Pausenplatz: Im Gebiet Gestadeck solle das Haus der Künste realisiert werden. Es sei durchaus denkbar, in diesem Zusammenhang eine Überdachung zu bauen. Die Tätigkeiten, die heute im Pavillon stattfinden würden, seien tatsächlich eventuell woanders unterzubringen. Wo genau, könne man jetzt noch nicht sagen. Hier seien zuerst Nutzungsüberlegungen anzustellen.

Stadtrat Lukas Ott erläutert, es gehe nicht einfach darum, ein Schulhaus zu sanieren, sondern darum, Nutzungen zu ermöglichen. Man wolle eine Schulbibliothek einrichten, dies gehöre zur Grundausstattung einer Schule. Man denke daran, dass immer wieder die Leseschwäche von Schülern und Schülerinnen beklagt werde. Es gehe darum, allen Kindern und Jugendlichen dieselben Chancen zu geben. In jedem anderen Schulhaus gebe es eine Schulbibliothek.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) sagt, er habe erwähnt, dass ein späterer Ausbau des Dachstocks Mehrkosten mit sich bringen würde. Er präzisiere, dass beim Betrag von CHF 136'000.-, der in der Vorlage aufgeführt sei, die Erschliessung aus feuertechnischen Gründen bereits inbegriffen sei. Wenn man den Ausbau später ausführe, müsse man aber die Erschliessung verbessern oder anders machen.

Ernst Burkhardt (SP) meint, Margrit Siegrist wolle den Einwohnerrat zu einem Schildbürgerstreich überreden. Das Dach des Schulhauses sei nicht isoliert. Es gehe viel Wärme nach oben und zum Dach hinaus. Die Aussenhülle des Gebäudes werde nun isoliert und das Dach neu gemacht. Man habe dann einen gewärmten Raum, auch wenn er nicht geheizt werde. Es käme einem Schildbürgerstreich gleich, wenn man den gewonnenen Raum nicht so ausbauen würde, dass man ihn auch nutzen könne. Die verschiedenen neuen Lernformen, die heute gefordert würden, bedingten eine differenzierte Schulführung. Deshalb brauche man diesen Raum. Die Kosten seien relativ niedrig im Vergleich zum Nutzen und Gewinn, den das Schulhaus erhalte.

Bernhard Fröhlich (FDP) hält dem entgegen, es sei nicht unbedingt ein Schildbürgerstreich, wenn man Zahlen hinterfrage. Die Frage sei, was in einer schwierigen Finanzlage als prioritär anzusehen sei. Dieser politische Prozess habe noch nicht stattgefunden. Er sei der Meinung, dass dieser Ausbau technisch Sinn mache. Ein späterer Umbau käme teurer. Noch wichtiger erscheine ihm, dass mit dem Ausbau des Dachstocks ein Zeichen für die Jugend gesetzt werde.

Vreni Wunderlin (FDP) unterstreicht, sie unterstütze die Sanierung des Gestadeck-Schulhauses sehr. Es sei allerdings darauf zu achten, dass der bewilligte Kredit auch wirklich ausreiche.

Bernhard Fröhlich (FDP) sagt, er habe eine Verständnisfrage. Er verstehe nicht, weshalb die Stadt Mehrwertsteuerpflichtig sei. Das Schulhaus gehöre ja der Stadt.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, die Mehrwertsteuer werde auf die Baukosten erhoben.

Pascal Porchet (FDP) erklärt, im BPK-Bericht habe sich ein Fehler eingeschlichen, und zwar auf Seite 2 im Absatz c. Dort fehle eine Null. Die richtige Zahl laute 264'000. Bezüglich des Vereinspavillons habe die BPK ihre Aufgaben gemacht, das heisst, sie schaue voraus, wie man in ihrem Bericht sehe. Ihm sei wichtig zu betonen, dass für den Pavillon jeder Franken schade sei. Die BPK habe nicht die Nutzung angeschaut, sondern den Pavillon aus bautechnischer Sicht beurteilt. Eine Sanierung wäre eine Fehlinvestition.

Stadtrat Ruedi Riesen äussert, zum Thema Mehrwertsteuer sei er überfragt. Er könne im Moment nur sagen, dass es Baukosten gebe, dass Handwerker zu bezahlen seien und so weiter.

Adrian Mächler (FDP) betont, er hätte gerne das nächste Mal eine Antwort darauf. Die Mehrwertsteuer könne zurückverlangt werden. Er hoffe, dass sich der Stadtrat dessen bewusst sei.

Stadtrat Peter Rohrbach fügt hinzu, die Stadt Liestal fordere Mehrwertsteuer-Beträge zurück. Bei welcher Art von Ausgaben, könne er jetzt allerdings nicht sagen.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) liest nochmals den Antrag der SVP/CVP/EVP-Fraktion vor: *Der Einwohnerrat stimmt der Sanierung des Gestadeck-Schulhauses zu und bewilligt den dafür notwendigen Sanierungskredit in der Höhe von CHF 1'545'000.- (ohne Mediathek).*

://: Der Antrag der SVP/CVP/EVP-Fraktion wird mit 5 Ja- gegen 27 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

://: Der Antrag der BPK, den Sanierungskredit in der Höhe von CHF 1'809'000.- zu bewilligen, wird grossmehrheitlich angenommen.

55 K.1.1.1. Kanalisation: Abwasserableitung

**3. Bericht des Stadtrates zum Generellen Entwässerungsplan (GEP)
– 2. Genehmigungsantrag (Nr. 2003/138a)**

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Mit dem Generellen Entwässerungsplan (GEP) soll das Leitinstrument für die Siedlungsentwässerung in Liestal der kommenden Jahrzehnte geschaffen werden. Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom 24. September 2003 vom GEP Kenntnis genommen. Für die Genehmigung verlangte der Einwohnerrat die gleichzeitige Vorlage des revidierten Abwasserreglementes.

Wie vom Stadtrat an der Einwohnerratssitzung vom 26. Januar 2005 im Zusammenhang mit der Beantwortung der Interpellation von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion und Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend dem Abwasserreglement (Nr. 2004/16) dargelegt wurde, kann bzw. soll das Abwasserreglement erst im Verlauf des Jahres 2006 dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Aus diesem Grund ist der GEP nun losgelöst vom Geschäft betreffend Abwasserreglement zu genehmigen, damit eine klare Rechtsgrundlage besteht und die zugesicherten Subventionen eingefordert werden können.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat genehmigt den Generellen Entwässerungsplan.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) erläutert, es gehe um eine Vorlage, die im Jahr 2003 in der Bau- und Planungskommission gewesen sei. Deshalb vertrete der ehemalige BPK-Präsident Hans Brodbeck (FDP) das Geschäft.

Hans Brodbeck (FDP) erläutert, er spreche in einer Doppelfunktion: zuerst als ehemaliger BPK-Präsident und dann als Fraktionssprecher. Im Jahr 2003 habe er als BPK-Präsident dieses Geschäft begleitet und danach in den Einwohnerrat gebracht. Die Bau- und Planungskommission habe damals vor allem die technischen Aspekte des GEP geprüft. Beim GEP gehe es darum, wo das Abwasser im Untergrund von Liestal hingeleitet werde, zu einem Kanal, in einen Bach, ob es versickere etc. Es handle sich um ein kompliziertes technisches Werk. Die BPK habe damals beantragt, den GEP zu genehmigen. In der Diskussion im Rat hätten dann aber die Juristen überzeugend dargelegt, dass man einem GEP nicht zustimmen dürfe, wenn dazu kein Abwasserreglement vorhanden sei. Das geltende Reglement sei nicht an die neuen Verhältnisse angepasst worden. Aufgrund eines Antrags sei der GEP damals nicht genehmigt, sondern nur zur Kenntnis genommen worden. Der Stadtrat habe den Auftrag erhalten, das Abwasserreglement anzupassen, damit man beides zusammen genehmigen könne. Heute befinde man sich fast im gleichen Dilemma wie damals. Der Stadtrat bringe die Vorlage nochmals und wünsche eine Genehmigung des GEP. Noch immer gebe es kein Abwasserreglement dazu. Die FDP-Fraktion sei noch immer der Meinung, dass es beides zusammen brauche.

Stadtrat Ruedi Riesen erläutert, man stehe heute unter dem Eindruck der Interpellation Fröhlich/Finkbeiner (Nr. 2004/16), die er an der letzten Einwohnerratssitzung beantwortet habe. Er habe erklärt, dass das Abwasserreglement bereit sei, dass man aber auf die Gebührenordnung des Kantons warte. Demzufolge werde der Reglementsentwurf dem Einwohnerrat erst 2006 vorgelegt. Der GEP sei nicht nur ein technischer Plan, sondern er widerspiegeln die

neue Philosophie des Kantons, das Wasser nicht mehr strikt zu trennen. Der Kanton habe sich 1993/1994 wegen der Belastung der Kläranlagen zu einer Kehrtwende entschieden: Das Sauberwasser werde nicht mehr separat abgeführt, sondern man lasse es versickern. Es gebe allerdings lehmige Zonen, wo dies nicht möglich sei. Der Plan regle, wo es Trennsysteme gebe und wo man das Sauberwasser versickern lasse. Er sei vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen worden. Man arbeite bereits mit diesem GEP. Dem Stadtrat sei bewusst, dass das Abwasserreglement dazu noch fehle. Die Genehmigung des GEP durch den Einwohnerrat sei ihm wichtig, denn nicht zuletzt habe die Stadt Subventionen von CHF 160'000.- zugut, die sie dann beim Kanton einfordern könne. Man könne auch auf das Reglement warten, dies ergebe aber keinen Sinn. Der Stadtrat beantrage eigentlich nichts anderes als die Loskoppelung des GEP vom Abwasserreglement.

Hans Brodbeck (FDP) äussert, seine Fraktion habe darüber diskutiert. Sie wolle daran festhalten, dass das gemeinsame Vorliegen von GEP und Abwasserreglement nötig sei. Auf der anderen Seite wolle sie die Genehmigung des GEP nicht verunmöglichen. Seine Fraktion würde vom Stadtrat gerne wissen, ob ein Risiko in Bezug auf die Auszahlung der Subventionen bestehe, wenn man mit der Genehmigung des GEP noch warte, oder ob man mit diesem Beitrag auf jeden Fall rechnen könne. Sie wolle eigentlich einen Antrag stellen, dass das Geschäft in die BPK zurückgehe, damit diese abkläre, welche Konsequenzen es habe, wenn man zum GEP immer noch nicht ja sage.

Stadtrat Ruedi Riesen erwidert, man wisse jetzt vom Kanton, dass die Subventionen gezahlt würden, deshalb würde die Stadt sie jetzt gerne einfordern. Er sehe nicht ein, was es bringe, darauf zu warten. Der GEP liege vor und man plane damit. Er sei etwas verwirrt, weshalb es diesen Bogen über die BPK brauche.

Berhard Fröhlich (FDP) weist darauf hin, dass man die Unsicherheit, die im Raum stehe, auch in seiner Fraktion gehabt habe. Er wolle versuchen, Klarheit zu schaffen. Dazu werfe er einen Blick in die Vergangenheit. Der Ursprung sei gewesen, dass man ein neues Abwasserreglement gewollt habe. Dann sei die GEP-Diskussion gefolgt. Die Zusammenhänge zwischen GEP und Abwasserreglement habe man damals noch nicht genau gekannt. Man habe aber gesagt, im Idealfall liege beides zusammen vor. Heute sei dies pragmatisch zu sehen. Wenn man dem GEP jetzt zustimme, dann sei er offiziell in Kraft, und die Bundessubventionen würden fliessen. Der GEP sei technisch geregelt; an dem Plan ändere sich mit dem Abwasserreglement nichts. Es gehe nur noch darum, mit dem Reglement das Finanzielle zu gestalten. Deshalb könne man den GEP problemlos genehmigen. Aus heutiger Sicht liessen sich die beiden Dinge ohne weiteres trennen. Er bitte darum, den GEP zu beschliessen.

Franz Kaufmann (SP) hält fest, inhaltlich sei der GEP auch damals im Rat unbestritten gewesen. Mit der Genehmigung sei es möglich, die Subventionen einzutreiben. Er erinnere daran, weshalb der Rat im September 2003 den GEP nur zur Kenntnis genommen habe: Daniel Schwörer habe darauf hingewiesen, dass es in gewissen Fällen zu Problemen kommen könne. Das habe zu einer Verunsicherung im Rat geführt. Man solle den GEP jetzt genehmigen, statt ihn wie eine heisse Kartoffel an die BPK zurückgeben.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) legt dar, seine Fraktion sei auch etwas verunsichert gewesen, weil rechtliche Fragen im Raum gestanden seien. Aufgrund der Diskussion könne sie aber heute der Vorlage zustimmen.

Adrian Mächler (FDP) äussert, die einzige Frage, die seine Fraktion 2003 gehabt habe, sei auch heute nicht beantwortet. Es gehe um das Stichwort „Rechtshändel mit Grundeigentümern“. Genau darauf nehme der Stadtrat nicht Bezug. Die Rechtssituation habe sich gegenüber damals nicht geändert. Wenn man dem GEP jetzt zustimme, dann bedeute dies, dass man vor zwei Jahren sorgfältiger gewesen sei. Die Rechtsunsicherheit bestehe immer noch. Wenn der Rat damit leben könne, könne man dem Geschäft jetzt zustimmen. Es wäre schön

gewesen, wenn man die Rechtsunsicherheit hätte näher beschreiben können. Er habe dies selbst versucht und sei zum Schluss gekommen, dass es dabei um Umbauten gehe.

Ernst Burkhardt (SP) sagt, er bitte darum, der Vorlage zuzustimmen, auch wenn man nicht im Einzelnen wisse, worum es gehe. Die ehemalige BPK habe das Geschäft damals sehr sorgfältig behandelt.

Bernhard Fröhlich (FDP) fügt hinzu, er wolle das Gewissen der Anwesenden beruhigen. Man wolle gerne auf der sicheren Seite sein, das sei verständlich. Man arbeite nach dem GEP, auch nach dem Abwasserreglement. Es habe nie einen Rechtshandel in den letzten zwei Jahren gegeben. Von daher könne man der Vorlage mit gutem Gewissen zustimmen.

://: Der Antrag des Stadtrates, den Generellen Entwässerungsplan zu genehmigen, wird einstimmig bewilligt.

56 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

4. Bericht des Stadtrates betreffend urwaldfreundliche Gemeinde ufG, Postulat von Lukas Flüeler, Grüne/Fraumättler (Nr. 2003/155a)

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Am 30. Oktober 2003 reichte Lukas Flüeler, Grüne/Fraumättler, das Postulat „Urwaldfreundliche Gemeinden ufG“ ein. An seiner Sitzung vom 17.12.2003 überwies der Einwohnerrat in Übereinstimmung mit dem Stadtrat dieses Postulat, welches einen wichtigen Teilaspekt einer Politik der nachhaltigen Entwicklung betrifft. Insbesondere geht es dem Postulanten um die Unterzeichnung der Erklärung „urwaldfreundliche Gemeinde“ des Bruno-Manser-Fonds und die Einführung der daran gebundenen Verpflichtungen, deren Einhaltung und Überprüfung. Im Rahmen der Definition seiner Legislaturziele 2005-2008 hat der Stadtrat eine Politik der nachhaltigen Entwicklung in den Vordergrund gestellt (vgl. Vorlage Nr. 2005/35). In diesen Rahmen passt es, die mit der Unterzeichnung der Erklärung verbundenen Verpflichtungen antragsgemäss einzugehen und deren Aufrechterhaltung zu überprüfen. Was die Verwendung von FSC-zertifiziertem Holz und/oder Holz aus der Schweiz oder dem benachbarten Ausland betrifft, wird darauf bereits heute Wert gelegt. Die Verwendung von Recyclingpapier „wenn immer möglich“ und das Bemühen um eine generelle Senkung des Papierverbrauchs kommt den Anliegen der Exekutivpolitik ebenfalls entgegen. Ebenfalls soll im Rahmen des Prinzips „Wenn immer möglich urwaldfreundlich, wobei Ausnahmen erlaubt sind.“ dem Postulat der Urwaldfreundlichkeit im Sinne einer Politik der nachhaltigen Entwicklung auch im Ausstattungsbereich sowie bei Bau-, Instandhaltungs- und Renovierungsarbeiten Rechnung getragen werden. Der Stadtrat hat in diesem Sinne die Erklärung für eine urwaldfreundliche Gemeinde am 22. Februar 2005 unterzeichnet, womit das Postulat als erfüllt abgeschrieben werden kann.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Das Postulat Nr. 03/155 wird als erfüllt abgeschrieben.

Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt, es habe zuvor bereits einen Zwischenbericht zu diesem Postulat gegeben. Alles, was der Stadtrat dazu zu sagen habe, liege in schriftlicher Form vor.

Erika Eichenberger (GL) äussert, im Namen der Grünen Fraktion und des Postulanten Lukas Flüeler danke sie dem Stadtrat für die Unterzeichnung der Erklärung „urwaldfreundliche Gemeinde“ des Bruno-Manser-Fonds. Sie sei erfreut darüber, dass die Exekutive dem Thema Nachhaltigkeit nicht nur auf dem Papier Gewicht verleihe, sondern einen ersten Teilaspekt in die Tat umsetzen wolle. Ihre Fraktion sei auf weitere Schritte gespannt.

Ernst Burkhardt (SP) fügt hinzu, seine Fraktion danke dem Stadtrat dafür, dass er auf der Linie, die er eingeschlagen habe, weitermache. Die Problematik zeige das grosse Gefälle zwischen den hiesigen Ansprüchen und den Leuten, die die Urwaldriesen fällen würden. Trotz des grossen Transportweges sei Tropenholz billiger als Holz aus heimischen Wäldern. Wichtig sei nicht nur die Unterschrift unter der Erklärung, sondern auch die Verankerung dieses Bewusstseins in den Köpfen der einzelnen Menschen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) hält fest, es sei sehr positiv, dass das Thema nachhaltige Entwicklung zu den Legislaturzielen des Stadtrates gehöre. Beim Kanton sei dies auch so. Nachhaltigkeitspolitik sei eine gute Politik, zukunftsweisend und auf die weiteren Generationen ausgerichtet. Schon vor der Einreichung dieses Postulats habe die Stadt einen Schritt in eine gute Richtung gemacht. Der Stadtrat habe mit der Unterzeichnung der Erklärung ein weiteres Zeichen gesetzt. Auch die Umsetzung in die Praxis funktioniere, es werde urwaldfreundlich und umweltfreundlich gelebt. Dies motiviere sicher auch junge Leute, Verantwortung für die Umwelt zu übernehmen. Ihre Fraktion sei für die Abschreibung des Postulats und danke dem Stadtrat und der Verwaltung für die Bemühungen.

://: Der Antrag, das Postulat als erfüllt abzuschreiben, wird einstimmig genehmigt.

57 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**5. Interpellation von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion
betreffend den Engelsaal (Nr. 2005/30)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Interpellation betreffend den Engelsaal

Heute, bald vier Jahre nach der Herstellung des Engelsaals, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass ein Teil des Zielpublikums aus Sicht der Stadt Liestal nicht erreicht wird. Die Ortsvereine mieten den Engelsaal für ihre Anlässe selten. Dies, trotz der finanziellen Unterstützung der Stadt mit der Grundgebühr. In diesem Zusammenhang hat der Bericht über den Engelsaal in der Basler Zeitung am 12. Januar 05 in der SP-Fraktion einige Fragen aufgeworfen.

Wir bitten den Stadtrat diese Fragen zu beantworten:

1. Was sind die grundlegenden Probleme, die dazu führen, dass die Liestaler Ortsvereine wenig Gebrauch vom Angebot der Stadt Liestal für die Benutzung des Engelsaals machen?
2. Haben Gespräche ev. Verhandlungen diesbezüglich zwischen
 - den Ortsvereinen und dem Stadtrat
 - dem Wirt und dem Stadtrat
 - den Ortsvereinen, dem Wirt und dem Stadtratstattgefunden, um die Gründe und Probleme zu erörtern sowie Lösungen zu finden? Wenn ja, in jedem Fall mit was für Ergebnissen?
3. Was gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, um das Zielpublikum der Stadt Liestal zu erreichen?
4. Wurde der Stadtrat auf direktem oder indirektem Weg über Pläne für den Bau einer Mehrzweckhalle in Kenntnis gesetzt? Gegebenenfalls bitten wir diesbezüglich um mögliche Auskunft.

Orla Oeri-Devereux
SP-Fraktion
Liestal, 24. Januar 2005

Stadtpäsidentin Regula Gysin beantwortet die Fragen folgendermassen:

1. Der Engelsaal sei ein attraktiver Saal. Er verfüge über eine grosse Bühne und biete bis zu 500 Personen Platz. Die Stadt habe das Recht, ihn zwölf Mal im Jahr den Liestaler Vereinen zur Verfügung zu stellen, das heisst, die Stadt übernehme die anfallenden Saalkosten von 600 Franken. Die Vereine müssten bei Bedarf die Bühne zumieten. Dies koste derzeit 300 Franken. Im Jahr 2004 habe die Stadt vier Mal einen Verein subventioniert. Für das Jahr 2005 seien bisher zwei Termine gebucht worden, für 2006 bisher einer. Erfahrungsgemäss gebe es auch kurzfristige Buchungen. Aufgrund der Reaktionen sehe sie nur einen Grund für die zurückhaltende Nutzung des Saals durch Liestaler Ver-

- eine, nämlich die fehlende eigene Kochmöglichkeit. Anfangs seien die Vereine auch zu wenig gut über dieses Angebot informiert gewesen.
2. Zwischen dem Stadtrat, den Vereinen und dem Hotelier hätten bisher mehrere Gespräche stattgefunden. Das Ergebnis sei jeweils die Beanstandung gewesen, dass es den Vereinen nicht möglich sei, selbst zu kochen. Am 6. April 2005 gebe es eine Sitzung der IGOL, der Interessengemeinschaft Ortsvereine Liestal. Dort wolle der Hotelier persönlich die Resultate aus den jetzt laufenden Gesprächen mitteilen.
 3. Die Vorzugsbenutzungsmöglichkeiten würden immer wieder im Amtlichen Mitteilungsblatt publiziert. Der Stadtrat habe sich an Anlässen davon überzeugt, dass die Infrastruktur und das Catering im Engelsaal gut seien. Die Exekutive sei daran interessiert, dass der Saal mehr genutzt werde. Sie stehe mit dem Hotelier-Ehepaar Grieder in regem Kontakt. Man arbeite derzeit an neuen Möglichkeiten in Bezug auf die Nutzung des Saals.
 4. Dem Stadtrat sei bekannt, dass der Wunsch nach einer Mehrzweckhalle mit einer Bühne und eigenen Kochmöglichkeiten bestehe. Der Neubau einer Halle sei in der jetzigen Finanzlage nicht möglich. Derzeit prüfe das Stadtbauamt im Zusammenhang mit dem Postulat von Bernhard Fröhlich die Möglichkeiten in der Frenkenhalle. Es bestehe in Liestal ein reiches Angebot an Hallen und Aussenplätzen. Es sei dem Stadtrat aber klar, dass es den Vereinen an Möglichkeiten mangle, selbst für Verpflegung zu sorgen. Sie hoffe sehr, dass es an der IGOL-Sitzung zu Lösungen im Interesse der Vereine komme.

Orla Oeri-Devereux (SP) dankt dem Stadtrat für seine Antworten, erklärt sich davon befriedigt, wünscht aber die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Bernhard Fröhlich (FDP) hält fest, drei Parteien hätten ein Problem. Die Stadt habe eines, weil sie ein wenig von schlechtem Gewissen geplagt sei. Als es um den Engelsaal gegangen sei, sei nicht so klar gewesen, für wen er eigentlich konzipiert sei. Der Hotelier habe ein Problem wegen der Auslastung des Saals. Die Vereine hätten eines, weil sie für das Catering selbst sorgen wollten. Für die Vereine gebe es weitere Probleme. Es wäre beispielsweise undenkbar, im Engelsaal einen Anlass mit seinem Verein durchzuführen, bei dem rund 80 Kinder kommen würden und die den Saal auch dekorieren wollten. Die Vereine seien das falsche Zielpublikum für den Hotelier. Er bräuchte mehr Firmen, um den Saal auszulasten. 80 bis 90 Prozent der Vereinsanlässe würden sich für diesen Saal nicht eignen. Mit einem Ausbau der Frenkenbündtenhalle gehe man in die richtige Richtung. Man könne dort eine moderate Lösung finden, indem man eine Küche sowie einen Raum für gegen 200 Leute einrichten würde.

Orla Oeri-Devereux (SP) äussert, Bernhard Fröhlich habe seine Überzeugung, dass dies kein Saal für Vereine sei, seit 2001 nicht geändert. Sie wolle kurz auf die Geschichte des Engelsaals zurückblicken. 2001 habe der Rat auf der Basis der Vorlage Nummer 01/56 engagiert über den Engelsaal debattiert. Er habe das Geschäft an die Fiko überwiesen. Im Oktober sei es wieder zu einer lebhaften Diskussion gekommen. Die Vorlage Nummer 01/56 sei an den Stadtrat zurückgegangen. 2002 habe die Exekutive eine neue Vorlage präsentiert. In der Zwischenzeit habe der Stadtrat eine Delegation eingesetzt, die mit dem Hotelier verhandelt habe. Die Finanzierung habe für Liestal danach besser ausgesehen. Zweitens habe die Delegation bessere Bedingungen für die Vereine geschaffen. Wie erwähnt hätten sie die Möglichkeit erhalten, den Saal zwölf Mal im Jahr kostenlos zu benutzen. Der Rat habe der Vorlage einstimmig zugestimmt. Der Stadtrat sei heute offenbar darum bemüht, das Gespräch mit den Vereinen und dem Hotelier zu suchen. Damit sei sie sehr zufrieden. Es sei jetzt nicht Zeit, von einer neuen Mehrzweckhalle zu reden. Sie danke dem Stadtrat für die Antwort und hoffe, dass aus seinen Bemühungen etwas werde.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) legt dar, eine Mehrzweckhalle sei aus finanziellen Gründen kein Thema für Liestal. Der Engelsaal habe die Liestaler Bevölkerung aber auch etwas gekostet. Dass die Vereine ihn sausen lassen würden, sei auch keine Lösung. Man müsse mit dem Hotelier eine Vereinbarung suchen, dass die Vereine dort auch selbst wirten könnten. Wichtig sei, miteinander zu reden. Die Trachtengruppe Liestal beispielsweise habe dort ihren Anlass durchführen wollen. Sie habe aber ihr Dessertbuffet selbst mitbringen wollen. Dies sei nicht möglich gewesen, deshalb habe sie ihren Anlass in Lausen durchgeführt. Lausen sei eine Alternative, aber auch die Lausner Bevölkerung wachse und werde in erster Linie ihre eigenen Anlagen beanspruchen. Irgendwann werde es für die Liestaler Vereine vielleicht auch keinen Platz mehr haben. Der Schwerpunkt sollte nun in der Sportanlage Frenken gesetzt werden. Man könne dort mit relativ wenig Geld eine multifunktionale Infrastruktur schaffen. Man könnte den Ausbau etappenweise machen.

Astrid Basler (GL) sagt, sie würde gerne vom Stadtrat wissen, ob sich die Konsumationspflicht im Engelsaal aufheben liesse. Das Problem sei doch, dass es dort für die Vereine zu teuer sei. Die Vereine hätten ein Interesse daran, eine gewisse Summe in die eigene Kasse zu erwirtschaften. Mit dem Engel-Wirt sei das Gespräch darüber zu suchen, ob für die Vereine günstigere Konditionen möglich wären.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erwidert, sie habe derzeit kein Mandat, um über das letzte Gespräch mit dem Hotelier zu informieren. Sie bitte darum, noch etwas Geduld zu haben und auf das Ergebnis der erwähnten IGOL-Sitzung zu warten.

Orla Oeri-Devereux (SP) erkundigt sich, ob die Stadtpräsidentin danach im Rat darüber berichten werde.

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, sie werde dies selbstverständlich tun.

Somit ist die Interpellation erledigt.

58 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**6. Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion
betreffend „Liestal und der neue Fahrplan“ (Nr. 2005/31)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

**Interpellation
Liestal und der neue Fahrplan**

Auch wenn der neue SBB-Fahrplan vom 12. Dezember 2004 als Quantensprung in der Entwicklung des öV verkauft wird (und das ist es sicher auch), gibt es Verlierer. Liestal gehört teilweise zu diesen. Zum Beispiel gibt es keine direkten Verbindungen mehr nach Luzern.

Auch bei den stündlich 5 Verbindungen nach Basel sind die Intervalle zwischen den Zügen sehr ungleichmässig. Nach Intervallen von 6, 11, 5 und wieder 11 Minuten fährt zwischen .39 bis .06 Uhr während 27 Minuten kein Zug mehr nach Basel, eine deutliche Verschlechterung. Den Busbenutzer ärgert auch die mangelnde Abstimmung der Busankünfte auf die Bahnabfahrtszeiten nach Basel. Vom Munzach herkommend, stellen wir zum Beispiel fest, dass bei Ankunft am Bahnhof um .29 Uhr der Zug 1 Minute vorher abgefahren ist, bei Ankunft des Extrabusses um .44 Uhr der nächste Zug erst 20 Minuten später nach Basel abfährt, bei Ankunft um .59 Uhr der nächste Zug erst 7 Minuten später fährt, bei Ankunft des Einsatzbusses um .14 Uhr der Zug 2 Minuten vorher wegfuhr und der nächste Zug erst 9 Minuten später nach Basel startet. Ähnlich ergeht es auch den Busspassagieren, die von den Haltestellen ‚Kaserne‘ und ‚Fraumatt‘ am Bahnhof eintreffen.

Die neue Linienführung des Regionalbusses und die Verknüpfung mit der SBB führen auch in Frenkendorf und Füllinsdorf zu grossem Unmut.

1. Wie beurteilt der Stadtrat die Verbesserungen und die Verschlechterungen des neuen SBB-Fahrplans für SBB-Kunden von und nach Liestal?
2. Wie beurteilt der Stadtrat die neue Linienführung des Regionalbusses?
3. Wie beurteilt der Stadtrat die Verknüpfung und Koordination des Busses mit den Abfahrten und Ankünften der Züge am Bahnhof Liestal?
4. Ist der Stadtrat bereit, sich auf den nächsten Fahrplanwechsel beim Kanton und bei der SBB wieder für eine erhebliche Verbesserung des Angebotes für die SBB-Kunden von Liestal einzusetzen? Welche Mittel stehen ihm dabei zur Verfügung?
5. Ist der Stadtrat bereit, sich mit den Partnergemeinden in der Buskommission dafür einzusetzen, dass die Verknüpfung des SBB-Fahrplanes mit dem des Busses optimiert wird? Wie schnell ist das möglich?

Ernst Burkhardt
SP-Fraktion
25. Januar 2005

Stadtrat Ruedi Riesen beantwortet die Fragen folgendermassen:

1. Besser seien eindeutig die Verbindungen nach Bern. Gut seien nach wie vor die Verbindungen nach Zürich, weniger gut diejenigen nach Luzern. Dort sei es zu einer Verschlechterung gekommen. Dabei sei allerdings zu beachten, dass von allen Zügen, die südwärts durch Liestal fahren würden, nur zwölf Prozent Richtung Luzern fahren würden. Eine weitere Verschlechterung stelle die Regio-Anbindung in Olten dar. Gesamthaft beurteile der Stadtrat die Fahrplanänderungen als sehr gut für Liestal.
2. Die neue Linienführung des Regionalbusses sei sehr gut für Lausen, aber schlecht für Frenkendorf und Füllinsdorf.
3. Hier bestehe eindeutig ein Optimierungsbedarf. Nicht nur der Regiobus sei nicht koordiniert, sondern ganz schlechten Anschluss habe auch das Postauto von Seltisberg um die Mittagszeit. Wenn man um halb zwei Uhr nachmittags vom Eglisacker zum Bahnhof wolle, fahre man über Lupsingen und brauche für die Fahrt 17 Minuten.
4. Ja, der Stadtrat sei dazu bereit. Er habe im Übrigen noch nie so viel unternommen wie auf diesen Fahrplanwechsel hin. Eine Kompetenzgruppe mit Fachleuten sei an der Arbeit gewesen. Der Stadtrat habe den Fahrplanentwurf bei 14 Gemeinden in die Vernehmlassung geschickt. Er habe auch regelmässige Treffen mit dem Kanton eingeführt. Diese würden weiterhin stattfinden.
5. Dies sei bereits geschehen. Am 3. März 2005 habe eine Konferenz mit dem Kanton stattgefunden. Dieser habe ein neues Konzept mit wesentlichen Verbesserungen vorgestellt. Die Stadt lasse diesen Vorschlag prüfen. Am 22. März 2005 werde der Stadtrat über das Resultat der Kompetenzgruppe befinden. Die früheste Möglichkeit für eine Anpassung der Wünsche der Interpellation wäre im Mai 2005.

Ernst Burkhardt (SP) dankt dem Stadtrat für seine Antworten, erklärt sich weitgehend davon befriedigt und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Ernst Burkhardt (SP) hält fest, für ihn sei es vor allem wichtig zu hören und zu spüren, dass in den betreffenden Gremien gute Arbeit geleistet werde. Man solle aussprechen, was nicht gut sei, aber auch sagen, was gut sei. Es sei klar, dass es bei einem so komplexen System Löcher gebe. Er spüre aus den Antworten, dass eine Kraft dahinter sei, an Verbesserungen zu arbeiten. Etwas habe er ein wenig vermisst. Er habe in seiner Interpellation beschrieben, dass während 27 Minuten von Liestal nach Basel kein Zug fahre. Dies sei ein Mangel. Mancher werde wegen dieser Lücke das Auto nehmen. Er hoffe, dass man auf eine Verbesserung hinarbeite. Es freue ihn, dass erste Anpassungen schon auf Mai 05 möglich seien.

Peter Schäfer (FDP) sagt, man müsse dem Unmut über die aktuelle Situation am Bahnhof Liestal Luft machen. Liestal zahle 1,54 Millionen Franken Subventionsgelder an den öffentlichen Verkehr. Man sei nicht glücklich mit dem System, wie die Kosten berechnet würden. Liestal sei durch dieses System benachteiligt. Die direkten Züge nach Zürich und Bern würden zwar für die Region Vorteile bringen, sie würden aber nicht die Nachteile des geltenden Fahrplans aufwiegen. Tagtäglich ärgerten sich Hunderte. Die Umsteigezeiten würden nicht mehr stimmen. Heute müsse man rennen und Glück haben, um den gewünschten Zug zu erreichen. Vielleicht sei der ÖV zu sehr mit Subventionen gemästet und dadurch träge geworden. Er frage sich auch, ob vielleicht die Ansprüche des Personals dieser Betriebe höher gewichtet würden als diejenigen der Kunden, der Steuerzahler. Liestal sei diesbezüglich kein Einzelfall.

Orla Oeri-Devereux (SP) fügt hinzu, sie wolle auf Linie 72 zurückkommen, die von Büren nach Liestal führe. Ruedi Riesen habe erwähnt, dass die Verbindung zeitweise ein Problem darstelle. Man müsse zu bestimmten Zeiten über Lupsingen an den Bahnhof Liestal fahren. Sie denke, für junge Leute sei dies kein Problem. Im Eglisackerquartier würden aber viele ältere Leute wohnen, für die die Verbindung ins Stedtli jetzt nicht mehr gewährleistet sei. Sie bitte den Stadtrat, diesen Punkt bei der nächsten Beratung einzubeziehen.

Somit ist die Interpellation erledigt.

59 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

7. Interpellation von Corinne Ruesch Schweizer und Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend Jugendkommission (Nr. 2005/33)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation

Das vor 15 Jahren verfasste und 1991 beschlossene jugendpolitische Konzept der Stadt Liestal enthält viele Aussagen, die dem Wandel der Zeit unterliegen und zum Teil keine Gültigkeit mehr haben. Die Hauptaussagen der fünf Zielsetzungen können jedoch heute noch als Massstab für die Entwicklung und den Stand der Jugendpolitik in Liestal genutzt werden. Die fünf Zielsetzungen lauten:

1. Den Jugendlichen soll ein attraktiver Lebensraum geboten und erhalten werden.
2. Jugendliche sollen aktiv am politischen, sozialen und kulturellen Leben teilhaben können.
3. Minderprivilegierten Jugendlichen und Jugendlichen in Schwierigkeiten sollen angemessene Infrastruktur-, Beratungs- und Hilfsangebote gemacht werden.
4. Jugendliche sollen aktivierende, selbstbestimmte und interessante Freizeitangebote vorfinden.
5. Die Bemühungen im Jugendbereich sollen optimal koordiniert werden zwischen den verschiedenen Verwaltungsbereichen wie auch zwischen privaten und öffentlichen Institutionen.

Einige Aspekte der Zielsetzungen 3. und 4. wurden umgesetzt und die Angebote werden von den Jugendlichen auch rege genutzt. Mit Besorgnis stellen wir jedoch fest, dass viele Angebote und Bemühungen im Jugendbereich zu wenig kommuniziert und koordiniert sind, damit möglichst viele Jugendliche aktiv am politischen, sozialen und kulturellen Leben teilnehmen können. In einigen Bereichen besteht überhaupt kein Angebot.

Erfreut lasen wir im Liestal aktuell vom 8.9.2003, dass der Stadtrat eine Jugendkommission ins Leben rufen will. Auch wird die Notwendigkeit einer Vernetzung herausgestrichen. Ebenso scheinen die Lücken im Angebot für (noch) unproblematische Jugendliche erkannt.

Zitat: Wir haben in Liestal so viele tolle Jugendliche, engagieren wir uns für sie!

Wir bitten den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wann wird die Jugendkommission ihre Arbeit aufnehmen?
2. Sind die Jugendlichen darin angemessen vertreten?
3. Welche finanziellen Mittel stehen ihr zur Verfügung?
4. Wer übernimmt die Koordination?
5. Wurde dem Hinweis im jugendpolitischen Konzept auf die unabdingbare Notwendigkeit der Schaffung einer Koordinationsstelle (Jugendbeauftragte/r), die „der Jugendpolitik Liestal jenes Gewicht, das für wichtige Realisierungen nötig ist und von einem ehrenamtlichen Gremium nicht geleistet werden kann“, Rechnung getragen?
6. Wer koordiniert und überwacht die neuen Nutzer im Haus zur Allee?

Corinne Ruesch-Schweizer
Erika Eichenberger
Grüne Fraktion
Liestal, 24.1.2005

Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt, sie schicke bezugnehmend auf den Finanzplan voraus, dass das Jugendhaus Joy aus finanziellen Gründen nicht so saniert werde, wie man es sich zuerst vorgestellt habe. Im Joy werde in diesem Jahr das Dach saniert, aber nur schon eine neue Heizung zu installieren, sei nicht möglich. In der nächsten Zeit werde der Stadtrat einen hängigen Vorstoss zum Thema Jugendtreffpunkt Joy beantworten. Sie komme nun zur Beantwortung der Fragen:

1. Der Stadtrat könne sich vorstellen, eine regionale Jugendkommission zu gründen, vorausgesetzt, die umliegenden Gemeinden wären auch einverstanden. Die Jugendlichen seien heute mobil und dort, wo etwas laufe. Es müsse nicht jede Gemeinde das Rad neu erfinden.
2. Für den Stadtrat sei selbstverständlich, dass die Jugendlichen angemessen in der Jugendkommission vertreten sein sollten.
3. Die finanzielle Ausstattung der Jugendkommission sei abhängig von deren Pflichtenheft, beispielsweise davon, ob sie auch operative Aufgaben übernehme. Die Kommissionsarbeit sei zu den üblichen Ansätzen zu entschädigen.
4. Die Koordination der Jugendarbeit wäre die Hauptaufgabe der Jugendkommission. Sie habe die Angebote und Anbieter miteinander zu vernetzen und allfällige zu Lücken schliessen. Sie definiere die Schwerpunkte der Jugendarbeit und berate den Stadtrat in jugendpolitischen Angelegenheiten.
5. Von der Idee eines Jugendbeauftragten sei man aufgrund der Erfahrungen wieder weggekommen. Diese Stelle sei nicht wieder besetzt worden. Die Koordination der Jugendarbeit würde die Jugendkommission übernehmen.
6. Eine Möglichkeit wäre, dass das Jugendsozialwerk Offene Jugendarbeit dies übernehmen würde. Dazu müsste die bestehende Leistungsvereinbarung mit dem Jugendsozialwerk ergänzt werden.

Erika Eichenberger (GL) dankt dem Stadtrat für seine Antwort und erklärt sich davon befriedigt, wünscht aber die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Corinne Ruesch (GL) äussert, das Anstreben einer regionalen Zusammenarbeit sei begrüssenswert. Dafür wäre aber zentral, dass die einzelnen Gemeinden sich ihrer Angebote bewusst seien. Diese Angebote seien zu koordinieren. Auf der Homepage der Stadt Liestal sei ersichtlich, dass nur schon Liestal über ein vielseitiges Angebot für die Jugendlichen verfüge. Jemand müsse aber die Koordination übernehmen, Lücken feststellen und die Lücken füllen. Dies sehe sie als Aufgabe der Stadt. Es sei wichtig, zielgruppengerechte Angebote zu schaffen. Dazu brauche es eine professionelle Koordination. Der Liestaler Jugendarbeit könne so ein Gesicht verliehen werden, deshalb solle die Stadt diese Aufgaben nicht einfach delegieren.

Astrid Basler (GL) weist darauf hin, dass nach Meinung von Regierungsrätin Sabine Pegoraro das Streetworker-Angebot nicht genügen würde. Die Gemeinden müssten vermehrt Aktivitäten zeigen. In Liestal sei das Jugendkonzept von 1991 noch immer relevant. Ein vernetzter Jugendtreffpunkt stehe noch immer in den Anfängen. Liestal liege mit seinem Angebot im Vergleich zu anderen Gemeinden an der unteren Grenze. Von einer Vorreiterrolle im Kanton bezüglich Jugendpolitik habe sich die Stadt schon lange verabschiedet. Das finanzielle Engagement sei auf einem Tiefpunkt angelangt. Der Jugendtreffpunkt Joy sei nur noch ein Nebenschauplatz. Als es im Joy längere Öffnungszeiten gegeben habe, sei der Treffpunkt bei

den Jugendlichen beliebt gewesen. Die Szene habe sich inzwischen an den Bahnhof verlagert, wo die nötige Begleitung fehle. Ein Jugendbeauftragter und ein erweitertes Angebot im Joy seien dringend notwendig und kein Luxus. Es müsse sich in Liestal endlich etwas bewegen.

Doris Greiner (SP) betont, ihrer Fraktion sei es wichtig, dass es ein Gesamtkonzept gebe, das auf die verschiedenen Gruppen von Jugendlichen Rücksicht nehme. Es sei wichtig, dass sich die Stadt Liestal darüber klar werde, was sie bieten könne. Andererseits finde sie es auch wichtig, dass die regionale Zusammenarbeit gesucht werde. Die Jugend verdiene es aber auf jeden Fall, dass sich die Stadt auch alleine diesem Thema widme, allenfalls mit einer professionellen Person. Sie wolle zudem daran erinnern, dass der Verein Come in – Come out, der der Trägerverein für die Jugendarbeit gewesen sei, sich aufgelöst habe. Der Handlungsbedarf, dass sich die Stadt ernsthafter um die Jugendarbeit kümmere, sei wirklich da.

Jürg Holinger (GL) meint, man solle in dieser Sache vorwärts machen. Er habe bei der Antwort von Regula Gysin den Zeitrahmen vermisst, bis wann man die regionale Jugendkommission auf die Beine stellen wolle.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erwidert, mit den umliegenden Gemeinden, die beim Streetworker-Projekt mitmachen würden, sei vor den Sommerferien eine Sitzung vorgesehen. Das Thema Jugendkommission sei traktandiert. Falls die anderen Gemeinden nicht mitmachen wollten, bedeute dies für die Stadt Liestal nicht, dass sie das Projekt aufgeben wolle. Die Stadt habe einen Leistungsauftrag in Bezug auf die Jugend. Eine Vernetzung der Angebote in der Region wolle der Stadtrat so oder so realisieren. Es dürfe auch nicht vergessen werden, was die Vereine an Jugendaufgaben erfüllen würden. Die Jugendlichen seien für die Stadt ein wichtiges Thema. Sie bitte um etwas Geduld.

Erika Eichenberger (GL) fügt hinzu, bei der Arbeit der Streetworker gehe es um sekundäre Prävention; sie setze dann ein, wenn bereits Probleme vorhanden seien. Es brauche aber auch eine breit abgestützte primäre Prävention. Auch die fremdsprachigen und aus sozial schwächeren Schichten stammenden Kinder sollten die Chance haben, die Angebote zu nutzen. Der Fussballclub von Bernhard Fröhlich habe gewiss grossen Zulauf. Hier würde Integrationsarbeit geleistet, wie man sie sich auch in allen anderen Vereinen wünsche. Man müsse in die Quartiere gehen und die Vereinsangebote bekannt machen. Man dürfe nicht unterschätzen, wie wichtig dies sei. Die Kinder würden in den Vereinen die Sprache und soziales Verhalten lernen. Dies seien Schlüsselqualifikationen, die für das spätere Leben von grosser Bedeutung seien.

Bernhard Fröhlich (FDP) sagt, er vermisse in der ganzen Diskussion das Wort Familie. Man könne nicht alles in das Staatswesen hineinragen. Er sehe die Familienpolitik mit diesem Thema gekoppelt. Sie sollte den gleichen Stellenwert wie die Jugendpolitik haben.

Hanspeter Mohler (FDP) hält fest, es sei richtig, dass es in Bezug auf die Jugend einen grossen Handlungsbedarf gebe. Er wolle den Rahmen erweitern und darauf hinweisen, dass sowohl die Landeskirchen als auch die Freikirchen auf diesem Gebiet sehr aktiv seien. Was es alles an Jugendangeboten gebe, sei nicht überblickbar. Er stelle ein Koordinations- und Kommunikationsproblem fest. Man brauche erst einmal eine Gesamtübersicht. Dies wolle er der zukünftigen Jugendkommission als Anregung weitergeben.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erwähnt, es sei ein Jugendkulturfestival in Vorbereitung, das Jugendliche organisieren würden. Dort würden alle Vereine an Ständen ihr Angebot darlegen. Sie danke für alle Voten und könne alles, was sie gehört habe, nur unterschreiben.

Somit ist die Interpellation erledigt.

Schluss der Sitzung: 20.25 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Walter Gudenrath

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon